

---

# Berliner Debatte

# Initial

---

## 4

---

20. Jg. 2009

### *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie neu gelesen*

Llanque

Schumpeter und  
der Sozialismus

---

Schaal

Grenzen der  
Demokratiekonzeption

Land

Schumpeter und  
der New Deal

---

Niesen,  
Bentham

Heimfall statt  
Besteuerung

---

Varga  
Freyberg-Inan

Demokratie okay,  
aber für alle?

# Berliner Debatte Initial 20 (2009) 4

Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal

© GSFP – Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik mbH. Herausgegeben im Auftrag des Vereins Berliner Debatte INITIAL e.V., Präsident Peter Ruben. *Berliner Debatte Initial* erscheint viermal im Jahr.

**Redaktion:** Harald Bluhm, Ulrich Busch, Erhard Crome, Birgit Glock, Wolf-Dietrich Junghanns, Cathleen Kantner, Thomas Müller, Ingrid Oswald, Dag Tanneberg, Udo Tietz, Andreas Willisch, Rudolf Woderich

**Lektorat:** Gudrun Richter,

**Produktion:** Rainer Land

**Redaktionelle Mitarbeit:** Karsten Malowitz

**Verantwortlicher Redakteur:** Jan Wielgohs (Vi.S.P.)

**Copyright** für einzelne Beiträge ist bei der Redaktion zu erfragen.

**E-Mail:** [redaktion@berlinerdebatte.de](mailto:redaktion@berlinerdebatte.de)

**Internet:** [www.berlinerdebatte.de](http://www.berlinerdebatte.de)

**Preise:** Ab 2009 Einzelheft 15 €, bis 2008: Einzelheft 10 €, Doppelheft 20 €  
**Einzelhefte** werden per Post mit Rechnung verschickt.

**Jahresabonnement:** 2009: 39 €, Ausland zuzüglich Porto. Studenten, Rentner und Arbeitslose 22 €, Nachweis beilegen. Ermäßigte Abos bitte nur direkt bei *Berliner Debatte Initial* per Post oder per Fax bestellen.

Das Abonnement gilt für ein Jahr und verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

**Bestellungen Einzelhefte, Abos** und pdf-Dateien per Mail an:

[leidenschaften@berlinerdebatte.de](mailto:leidenschaften@berlinerdebatte.de)

**Tel.:** +49-39931-54726, **Fax** ...-54727

**Post:** PF 58 02 54, 10412 Berlin

## Autorenverzeichnis

**Jeremy Bentham**, \* 1748, † 1832,  
englischer Philosoph

**Harald Bluhm**, Prof. Dr.,  
Politikwissenschaftler, Martin-Luther-  
Universität Halle-Wittenberg

**Ulrich Busch**, Dr. oec. habil.,  
Netzwerk Ostdeutschlandforschung,  
TU Berlin

**Annette Freyberg-Inan**, Prof. Dr.,  
Politikwissenschaftlerin,  
Universität Amsterdam

**Heike Guthoff**, M.A.,  
Philosophin, Promovendin an der FU Berlin

**Raj Kollmorgen**, Prof. Dr.,  
Soziologe, Otto-von-Guericke-Universität  
Magdeburg

**Rainer Land**, Dr. sc. oec.,  
Philosoph und Wirtschaftswissenschaftler,  
Thünen-Institut Bollewick

**Jürgen Leibiger**, Dr.,  
Wirtschaftswissenschaftler, Dozent für Volks-  
wirtschaftslehre, Dresden

**Marcus Llanque**, Prof. Dr.,  
Politikwissenschaftler, Universität Augsburg

**Christoph M. Michael**, M.A.  
Politikwissenschaftler, Martin-Luther-  
Universität Halle-Wittenberg

**Peter Niesen**, Prof. Dr.,  
Politikwissenschaftler, Institut für Politikwis-  
senschaft, Technische Universität Darmstadt

**Nils Otter**, Prof. Dr.,  
Wirtschaftswissenschaftler, Fachhochschule  
Kärnten

**Dieter Segert**, Prof. Dr.,  
Politikwissenschaftler, Universität Wien

**Gary S. Schaal**, Prof. Dr.,  
Politikwissenschaftler, Helmut-Schmidt-  
Universität Hamburg

**Mihai Varga**, M.A.,  
Sozialwissenschaftler, Universität Amsterdam

# *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie neu gelesen*

– Zusammengestellt von Harald Bluhm –

Editorial	2	NEUNZEHNHUNDERT- NEUNUNDACHTZIG	
<i>KAPITALISMUS, SOZIALISMUS UND DEMOKRATIE NEU GELESEN</i>			
<i>Harald Bluhm</i> Ein Plädoyer für neue Lesarten	3	<i>Raj Kollmorgen</i> Umbruch ohne Revolution? Beitritt statt Transformation?	90
<i>Gary S. Schaal</i> Irrationale Rationalität und rationale Irrationalität. Die Grenzen der Demokratie- konzeption von Joseph Schumpeter	17	<i>Mihai Varga, Annette Freyberg-Inan</i> Demokratie okay, aber für alle? Demokratieunzufriedenheit und selektive Demokratie in Mittel- und Osteuropa	104
<i>Marcus Llanque</i> Schumpeters Politische Ökonomie und der Sozialismus	24	<i>Dieter Segert</i> Sozialer Wandel in Osteuropa nach 1989 und staatssozialistisches Erbe	120
<i>Christoph M. Michael</i> Joseph A. Schumpeter und die kreative (Selbst-)Zerstörung des Kapitalismus	31	BESPRECHUNGEN UND REZENSIONEN  <i>Stefania Maffei:</i> Zwischen Wissenschaft und Politik. Transformationen der DDR-Philosophie 1945-1993 Rezensiert von <i>Heike Guthoff</i>	136
<i>Nils Otter</i> Schumpeters Diagnose zu Wandel und Krisen im Kapitalismus	41	<i>Klaus Müller:</i> Mikroökonomie. Eine praxisnahe, kritische und theoriegeschichtlich fundierte Einführung mit Aufgaben, Klausuren und Lösungen Rezensiert von <i>Jürgen Leibiger</i>	138
<i>Rainer Land</i> Schumpeter und der New Deal	49	<i>Hauke Janssen:</i> Nationalökonomie und Nationalsozialismus. Die deutsche Volkswirtschaftslehre in den dreißiger Jahren Rezensiert von <i>Ulrich Busch</i>	141
***			
<i>Peter Niesen</i> Vom Nutzen der Toten für die Lebenden. Zu Jeremy Benthams Text	62		
<i>Jeremy Bentham</i> Staatseinnahmen ohne Belastung oder: Heimfall statt Besteuerung	70		

## Editorial

Mit diesem Heft beschließen wir den 20. Jahrgang unserer Zeitschrift, der nicht zufällig in das Jubiläumsjahr des „Europäischen Herbstes“ gefallen ist. In gewisser Hinsicht ist auch *Berliner Debatte Initial* ein „Kind der Revolution“ von 1989. Besorgt ob der Ungewissheit über den Ausgang der Umbruchprozesse, aber vor allem motiviert durch das Erlebnis der Befreiung von Dogmatismus und parteistaatlicher Gängelung, übernahm im Frühjahr 1990 eine Gruppe von Sozialwissenschaftlern um den Ostberliner Philosophen Peter Ruben die Nachfolgezeitschrift der *Sowjetwissenschaft* vom Verlag Volk und Welt, um sie zu einem „Organ der sozialen Aufklärung“, einer „Tribüne für die geistigen Auseinandersetzungen“ um die Probleme der „kommenden gesellschaftlichen Entwicklung“ (Initial 4/1990, 442) zu machen. Eine unabhängige, eigenständig gestaltete Zeitschrift – das war für uns ostdeutsche Gesellschaftswissenschaftler fürwahr ein „revolutionäres Projekt“ und ein Erlebnis, das uns in den folgenden Jahren immer wieder dazu antrieb, uns neuen Herausforderungen zu stellen. Dies betrifft auch die Schwierigkeit, angesichts knapper Kassen der Hochschulen und Institute als multidisziplinäres Journal gegenüber der Vielzahl disziplinärer Fachzeitschriften zu bestehen. Dies wäre kaum möglich gewesen, hätte sich die Zeitschrift nicht von ihrem Gründungsimpuls emanzipiert, jüngere Redakteure und eine breite internationale Autorenschaft gewonnen und sich neuen Themen zugewandt.

Heute, 20 Jahre nach dem *annus mirabilis*, wird über den Charakter und das Erbe des Staatssozialismus wieder intensiv diskutiert. Die aktuelle Weltwirtschaftskrise hat das Verständnis des Kapitalismus stärker als je zuvor seit 1989 problematisiert, und Politikwissenschaftler fragen sich, ob und wie angesichts zunehmend transnationalen Regierens gehaltvolle Demokratie noch möglich ist – eine Perspektive, die vor 20 Jahren kaum denkbar

war. Es gibt wohl wenige Klassikerschriften, deren Aktualität vor diesem Hintergrund so ins Auge fallen würde, wie Schumpeters *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* aus dem Jahr 1942. *Harald Bluhm* hat für dieses Heft Autoren gewonnen, die dafür plädieren, dieses Werk mit Bezug auf die genannten aktuellen Problemlagen neu zu lesen. Sein Artikel zum Themenschwerpunkt ordnet die Schrift ein, wirft Interpretationsprobleme auf und stellt die Beiträge vor.

Ein zweiter Block von Artikeln resümiert Resultate der Umbruchprozesse in Osteuropa. *Raj Kollmorgen* diskutiert den besonderen Charakter der Revolution in der DDR und die spezifische Logik der ostdeutschen Transformation. *Dieter Segert* argumentiert, dass vor dem Hintergrund der in der spätsozialistischen Ära geprägten Erwartungshaltungen der Bevölkerungen die dominierenden sozialen Tendenzen der letzten 20 Jahre ein brisantes, Demokratie gefährdendes Potenzial erzeugt haben. Dass sich dies schon heute aufbeunruhigende Weise zeigt, verdeutlichen *Mihai Varga* und *Annette Freyberg-Inan*. Sie untersuchen, wie sich unter dem wachsenden Einfluss rechtsextremer Strömungen in Osteuropa auch „Parteien der Mitte“ in einen Teufelskreis des Populismus begeben, der bei Aufrechterhaltung der formaldemokratischen Fassade die Grundlagen demokratischer Partizipation breiter Bevölkerungsgruppen systematisch unterminiert.

Schließlich setzen wir unsere vor längerem begonnene Tradition von deutschsprachigen Erstveröffentlichungen klassischer Texte fort. *Peter Niesen* präsentiert *Jeremy Benthams* Schrift „Staatseinnahmen ohne Belastung“ und stellt Bentham als politischen Theoretiker von hohem Rang vor, der weit mehr Aufmerksamkeit verdient als den hierzulande üblichen Verweis auf seine Schrift zum *Panopticon*.

*Jan Wielgoths*

Mihai Varga, Annette Freyberg-Inan

## Demokratie okay, aber für alle?

### Demokratieunzufriedenheit und selektive Demokratie in Mittel- und Osteuropa

#### Demokratieunzufriedenheit und ihre Folgen

In der politikwissenschaftlichen Literatur zu Mittel- und Osteuropa (MOE) ignoriert man weitgehend eine Entwicklung, die seit dem Beginn der 1990er Jahre andauert und sich heute vielerorts noch verstärkt. Die Unzufriedenheit der Bürger mit ihren neuen demokratischen Systemen galt lange als wenig relevant, vor allem da sie bislang nicht direkt zu demokratiegefährdenden Massenbewegungen geführt hat und anscheinend nicht mit einer prinzipiellen Ablehnung der Demokratie als solcher einhergeht. Die wirtschaftlichen Reformen der ersten Hälfte der 1990er Jahre lösten zwar Proteste aus, diese stellten aber die Demokratie als politisches System nie explizit in Frage. In Meinungsumfragen wie den Eurobarometer-Untersuchungen und in relativ niedrigen Wahlbeteiligungen wird jedoch eine massive Enttäuschung mit den neuen politischen Systemen sichtbar.

Der Begriff Demokratieunzufriedenheit benennt diese Enttäuschung der Bürger mit dem alltäglichen Funktionieren der Demokratie und ihrer Institutionen.<sup>1</sup> Wir widmen uns hier der Frage nach ihren möglichen Folgen für die postkommunistischen Demokratien in MOE. Dabei unterscheiden wir Demokratieunzufriedenheit von einem Mangel an Demokratieunterstützung, also an Unterstützung für das politische System als solchem, für welches die Mehrheit der Mittelosteuropäer nach wie vor keine Alternative sieht. In postkommunistischen Staaten, in denen Demokratie keine Tradition hat und ihre Institutionen noch Fuß fassen müssen,

wird Demokratieunzufriedenheit vornehmlich von zwei Faktoren beeinflusst: Zum ersten ist sie abhängig vom Vertrauen der Bürger in die wichtigsten demokratischen Einrichtungen (besonders das Parlament). Zum zweiten wird die Zufriedenheit der Bürger stark durch die (empfundene) Effizienz ihrer Vertretung und durch ihre Erfahrungen (Häufigkeit und Art) mit politischer Beteiligung bestimmt.<sup>2</sup> Demokratisierung und die mit dem Systemwandel verbundenen Umwälzungen und Kosten können von der einzelnen Bürgerin leicht abgelehnt werden, wenn sie ihre Interessen nicht in der Politik vertritt bzw. vertreten sieht.

In den hier behandelten Ländern sind sowohl ein sehr niedriges Politikvertrauen als auch ein gravierender Mangel an politischer Beteiligung sichtbar. Dies schafft ein Umfeld, in dem eine demokratieuntaugliche Anreizstruktur für Politiker entsteht. Diese Anreizstruktur, die wir im Folgenden anhand von Fallbeispielen näher beschreiben, ist insofern demokratieuntauglich, als sie es politischen Akteuren ermöglicht, aus der Ausgrenzung politischer Konkurrenten sowie auch bestimmter gesellschaftlicher Gruppen aus dem politischen Leben politisches Kapital zu schlagen. Dabei stehen zwei Trends zentral.

Erstens ist in allen drei hier behandelten Ländern deutlich, dass Teile der politischen Elite Demokratieunzufriedenheit dahingehend instrumentalisieren, ihre Rivalen in politischen Prozessen und Institutionen zu marginalisieren. Dies geschieht auf zwei verschiedene Weisen. Zum einen beschuldigen politische Akteure ihre jeweiligen Konkurrenten, schuld an den durch die Bürger bemängelten Misereen zu sein.

Obwohl dies auch im Parteienwettbewerb gefestigter Demokratien üblich ist, werden in den hier behandelten Ländern solche Rivalitäten in schärferem Ton ausgetragen; die Beziehungen zwischen politischen Konkurrenten sind unversöhnlicher. Bündnisse über die so entstandenen Fronten hinweg werden damit kurz- bis mittelfristig ausgeschlossen, Koalitionspolitik wird erschwert, und Elitenkonflikte bestimmen das Bild und verringern die Effizienz der Politik. Zweitens kommt erschwerend hinzu, dass politische Akteure in verschiedenen Lagern die Beseitigung von (ehemaligen) „Kommunisten“ aus öffentlichen Institutionen, wie dem Verfassungsgerichtshof oder dem Parlament, als Lösung für die von den Bürgern empfundene Krise des Systems propagieren. Ehemaligen oder mutmaßlichen „Kommunisten“ wird vorgeworfen, sich durch ihre Beteiligung am oder ihre Sympathien für das ehemalige System von der demokratischen Zusammenarbeit de facto disqualifiziert zu haben. Doch wird diese Taktik nicht nur gegen extrem linke Akteure gebraucht. Auch sozialdemokratischen und liberalen Rivalen werden „kommunistische“ Zugehörigkeiten vorgeworfen, und es werden gesetzliche Maßnahmen getroffen, auf diese Weise identifizierte „Feinde“ im öffentlichen Leben zu marginalisieren. Letztere, als Antikommunismus getarnte Strategie steht naturgemäß vor allem Mitte-Rechts- und Rechtspolitikern offen.<sup>3</sup>

Der zweite, hieran anschließende relevant Trend ist, dass in diesem Kontext des destruktiven Elitenwettbewerbs oft Bündnisse zwischen Mitte-Rechts-Parteien und kleineren Rechtsparteien geschmiedet werden, was dazu führt, dass die Politik der Intoleranz der letzteren Unterstützung bekommt, der politische Diskurs zu Ungunsten der Demokratie radikalisiert wird, und dass bestimmte soziale Gruppen, die ohnehin im Regelfall bereits benachteiligt sind, noch stärker ausgegrenzt werden. Dabei sind demokratische Werte zu wenig in der Öffentlichkeit verankert und die Zivilgesellschaft zu schwach, um es Kritikern möglich zu machen, auf diese zwei Tendenzen aufmerksam zu machen, geschweige denn erfolgreich gegen sie vorzugehen. Das Resultat kann die Ausgrenzung großer gesellschaftlicher

Gruppen aus und in der Politik sein. Während Radikalisierung im Allgemeinen beide Extreme des politischen Spektrums stärken kann, befindet sich die Linke in MOE transformationsbedingt in einer zu schwachen Position, um von dieser Radikalisierung zu profitieren.<sup>4</sup> So wird die Linke insgesamt eher zum Opfer einer Erstarkung rechter Strömungen und Parteien, und mit ihr auch progressiv liberale Kräfte der Gesellschaft. Die Schwulen- und Lesbenbewegung etwa, oder Minderheitenorganisationen wie die der Roma, leiden in der ganzen Region unter rechter Radikalisierung.

Auch wenn Demokratie im engen prozeduralen Sinne, als Mechanismus der Besetzung politischer Ämter mittels Wahlen, nicht hinterfragt wird, so stützt sich dieser Trend zur „selektiven Demokratie“ auch darauf, dass Teile der mittelosteuropäischen politischen Eliten die direkte oder mittelbare Mitwirkung *aller* Bürger an Wahlen und in politischen Institutionen im Grunde ablehnen. Der Parlamentarismus, die freie Interessen- und Meinungsäußerung, der Schutz von Minderheiten – all diese elementaren Bestandteile liberaler Demokratie werden von Teilen der politischen Elite explizit als Mitursachen der von der Bevölkerung empfundenen politischen Krise dargestellt und im Zuge ihrer Ausgrenzungskämpfe unterminiert.

In den unten angeführten Fallbeispielen haben sich die hier problematisierten Folgen der Demokratieunzufriedenheit bereits gezeigt. Es überrascht nicht, dass viele Bürger in den betroffenen Ländern auf diese Folgen mit noch größerer Demokratieunzufriedenheit reagieren. Auf diese Art kann ein Teufelskreis entstehen, der schlimmstenfalls in einer akuten Krise des demokratischen Systems münden kann. Eine solche Krise hat Dieter Segert (2008: 49) bereits diagnostiziert und wie folgt zusammengefasst: „In den Staaten Ostmitteleuropas ist populistische Politik verbreitet. Die Beteiligung extremistischer Parteien an der Regierung, eine illoyale Opposition, sowie gewaltsame Demonstrationen sind Indikatoren für eine Krise der repräsentativen Demokratie“. Der vorliegende Artikel erklärt, wie die eben genannten verschiedenen Elemente dieser Krise miteinander verflochten sind und stellt dabei die

Demokratieunzufriedenheit als permitierende Ursache zentral.<sup>5</sup>

Unsere Analyse bezieht sich erstens auf Polen und Rumänien, die größten Länder der EU-Osterweiterung, die mit die größte Unzufriedenheit mit der eigenen Demokratie und sehr niedrige Wahlbeteiligung aufweisen. Dies ermöglichte nicht nur den Erfolg radikaler Parteien wie der *Samoobrona* in Polen und *Großrumänien*, sondern führte auch zu einer Radikalisierung wichtiger Parteien des Zentrums. Als einen bis vor kurzem scheinbaren Ausnahmefall bezüglich der in diesem Artikel besprochenen Zusammenhänge beziehen wir auch Ungarn mit in die Untersuchung ein. Obwohl hier die Vertretung der Interessen der Bürger im politischen Raum lange Zeit besser zu funktionieren schien und auch die Wahlbeteiligung relativ hoch war, lag im Jahr 2005 der Anteil der mit der Demokratie Unzufriedenen noch höher als in Polen oder Rumänien. Die rezente Radikalisierung in Ungarn im Zuge von Regierungs- und Finanzkrise und vor allem auch die schockierende Gleichgültigkeit der breiteren Bevölkerung angesichts dieser Radikalisierung stellen sich vor diesem Hintergrund nicht überraschend dar. Trotz verfrühter optimistischer Erwägungen in der politikwissenschaftlichen Literatur, dass die MOE-Länder den Übergang zur Demokratie und zur Marktwirtschaft „geschafft“ hätten

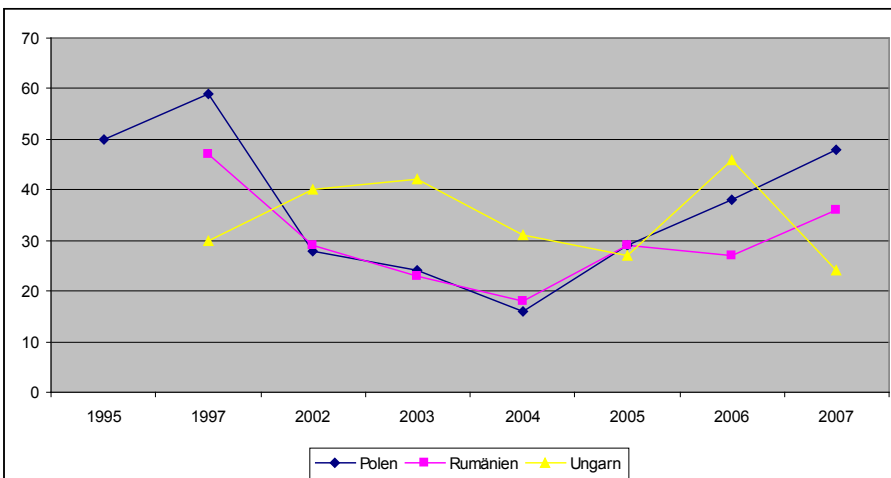
(Wiesenthal 2001), darf Demokratisierung nicht als abgeschlossen betrachtet werden, solange die real existierenden Demokratien nur geringe Legitimation erfahren und augenscheinlich wenig krisenfest sind (Jacobs et al. 2003; Fuchs et al. 2006; Waldron-Moore 1999).

### Demokratieunzufriedenheit in Polen, Rumänien und Ungarn

Polen, Ungarn und Rumänien haben seit 1990 unterschiedliche wirtschaftspolitische Strategien verfolgt. Polen galt als Vorreiter marktwirtschaftlicher Reformpolitik. Die anderen beiden Staaten bevorzugten einen graduellen Ansatz. In allen drei Ländern gab es jedoch einen starken Konsens innerhalb der politischen Elite in Bezug auf die Notwendigkeit tiefgreifender Reformen. Beide parlamentarischen Lager, sowohl die Nachfolger der kommunistischen Parteien als auch die „reformistischen“ Mitte-Rechts-Parteien, setzten während ihrer jeweiligen Regierungsperioden mehr oder weniger die pro-marktwirtschaftliche Politik ihrer Vorgänger fort.<sup>6</sup>

Die Wirtschaftspolitik der 1990er Jahre führte zu einer wachsenden Wahrnehmung der objektiven und subjektiven Existenz von Transformationsverlierern. Es kam zu einem rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit (am

Abbildung 1: Zufriedenheit mit der Demokratie in Polen, Ungarn und Rumänien<sup>7</sup>



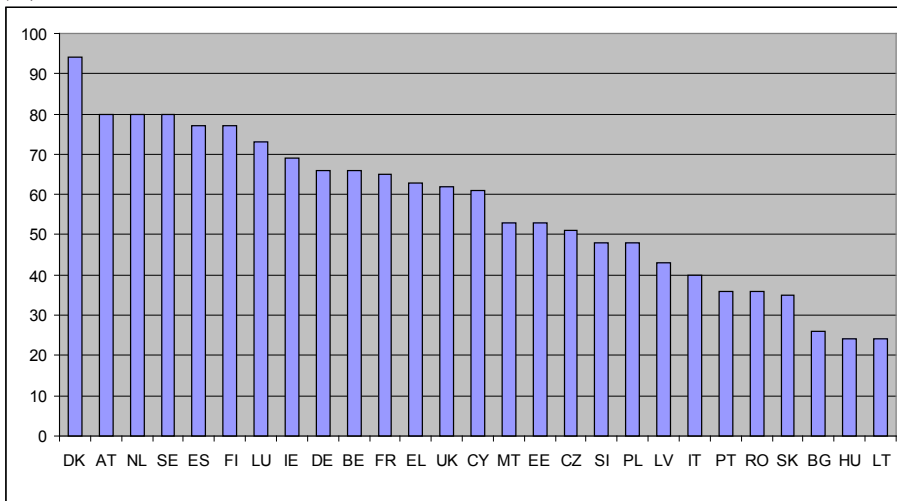
prägnantesten in Polen), zu einem Rückgang der Reallöhne und insbesondere zu einer ungleichen Verteilung der Transformationskosten. Hohe Transformationskosten konzentrierten sich in bestimmten ländlichen Regionen, unter Arbeitern und Bauern, und in bestimmten Altersgruppen und Industrien.<sup>8</sup> Zugleich wuchs die Unzufriedenheit der Bürger mit der Demokratie. Die Meinungsumfragen, die schon in den 1990er Jahren im Auftrag der Europäischen Union durchgeführt wurden, ergeben hinsichtlich der Demokratiezufriedenheit der Bürger in MOE folgendes Bild (Abbildungen 1 und 2).

Wie in Abbildung 1 zu sehen erreichte die Demokratiezufriedenheit in den drei hier behandelten Ländern 2003-05 ihren Tiefpunkt. Die Übersicht endet mit dem Jahr 2007, da die EU seither bedauerlicherweise keine relevanten Daten mehr veröffentlicht hat. Deutlich ist, dass in Polen die Zufriedenheit mit den Machtwechseln von 2005 und 2007 anstieg. Ohne neuere Daten lässt sich jedoch nicht sagen, ob diese Erholung von Dauer war. Der Fall Ungarns, wo der positive Effekt der Wahlen vom Frühjahr 2006 nur für sehr kurze Zeit anhielt, lässt dies zumindest bezweifeln. Der Anstieg der Zufriedenheit in Rumänien vor 2007 ist wohl vor allem der Perspektive

des EU-Beitrittes vom 1.1.2007 zu verdanken und daher wahrscheinlich auch kurzfristig. In jedem Fall bleibt die Demokratieunzufriedenheit in allen drei Ländern wie auch in der Region als ganzer sehr hoch; eine Entwarnung wäre verfrüht.

Die Bevölkerungsgruppen, deren Lebensbedingungen sich im Zuge der Transformation am meisten verschlechtert haben, weisen auch die höchste Unzufriedenheit mit der Demokratie auf. Es handelt sich dementsprechend vor allem um Bauern, Arbeiter, um den älteren Teil der Bevölkerung und um Einwohner von Regionen, die durch Restrukturierungen staatlicher Unternehmen und schwache Infrastruktur extrem belastet wurden (zum Beispiel die östlichen Regionen Ungarns und die östlichen und südlichen Regionen Polens und Rumäniens).<sup>10</sup> Jedoch ist die Demokratieunzufriedenheit offenbar nicht ausschließlich ein Produkt wirtschaftlicher Unsicherheit, denn auch seit die betroffenen Länder offiziell volkswirtschaftliche Erfolge verbuchen, hat sich der Ruf der Demokratie nicht wesentlich verbessert. Im Jahr 2003 – kurz vor ihrem EU-Beitritt – betrachteten beispielsweise nur knapp über 50 Prozent der Polen Demokratie als etwas „positives“ – für 17,7 Prozent war der Begriff negativ belastet, und 20 Prozent verbanden gar nichts damit

Abbildung 2: Zufriedenheit mit der Demokratie im europäischen Vergleich (%), 2007<sup>9</sup>





(Golinowska 2005: 153). In einer regionalen Meinungsumfrage, die 1998-2001 durchgeführt wurde, lehnten 48 Prozent der Polen die „Demokratie“ als Regierungsform ab, noch mehr als in Weißrussland (46 Prozent). In Ungarn äußerten sich 25 Prozent und in Rumänien 24 Prozent als erklärte Demokratiegegner (vgl. Fuchs/ Roller 2006: 90).

Genauer betrachtet äußert sich die Unzufriedenheit der Bürger mit der Demokratie auch durch das mangelnde Vertrauen in Verfassungsstaatsinstitutionen wie das Parlament, die Regierung oder die Judikative. Die Bürger fühlen sich von diesen Institutionen zum großen Teil nicht vertreten und vertrauen ihnen nicht. Ihre Beteiligung an der Politik in jedweder Form ist niedrig und sinkt sogar, was den Minimalaspekt der politischen Beteiligung, die Teilnahme an Parlamentswahlen, angeht. Diese ist in Polen und Rumänien seit den ersten Wahlen in diesen Ländern stark gesunken: in Rumänien von 76,3 Prozent (1992) auf 56,5 Prozent (2004) und zuletzt erschreckende 39,2 Prozent (2008); in Polen von 62,1 Prozent (1989) auf 40,6 Prozent (2005).<sup>11</sup> In den medienwirksameren Präsidentschaftswahlen sinkt die Beteiligung weniger rasant (Golinowska 2005).

Die mit der Demokratie unzufriedenen osteuropäischen Bürger blieben lange nur für marginale rechtspopulistische Parteien eine wichtige Zielgruppe. Letztere konnten generell ihre größten Erfolge erzielen, indem sie der Unzufriedenheit solcher Gruppen Ausdruck verliehen. Das prägnanteste Beispiel hierfür bleibt die extrem rechte Großrumänienpartei, die in den rumänischen Parlamentswahlen im Jahr 2000 21 Prozent der Stimmen erhielt. Möglicherweise wären solche gelegentlichen Erfolge der Rechtspopulisten langfristig unbedeutend geblieben, hätten sie nicht auch als Signal zur Radikalisierung wichtiger Parteien der Mitte gedient: Die Instrumentalisierung von Demokratieunzufriedenheit kann nämlich Mitte-Rechts-Parteien, die gemeinhin als „Gemäßigte“ gelten, letztlich noch mehr Stimmen einbringen als Rechtspopulisten wie Vadim Tudor in Rumänien oder Andrzej Lepper in Polen. Wie das funktioniert, wird im Folgenden erläutert.

## Problematische Anreizstrukturen für politische Eliten

Demokratieunzufriedenheit bedeutet sinkendes Vertrauen in demokratische Institutionen, was auch die politische Beteiligung schwächt. Dies schafft eine demokratieuntaugliche Anreizstruktur für politische Eliten, die durch drei Merkmale gekennzeichnet ist. Wir benennen diese Merkmale zunächst und besprechen sie dann im Einzelnen.

Erstens haben Politiker bei geringer politischer Beteiligung wenig Sanktionen von Seiten der Wähler zu befürchten. Dies verleitet nicht nur zu Korruption, wie etwa die Skandale um die SLD-UP Regierung (2001 bis 2005) in Polen zeigten, sondern schirmt Politiker auch gegen die Kontrolle durch die Justizbehörden ab. Geringe Wahlbeteiligung verringert auch die Bedeutung programmatischer Konsistenz, die zum Beispiel in Rumänien extrem schwach ist, und erschwert dadurch die Ausübung der repräsentativen Funktion der Parteien.

Zweitens benötigen Politiker kaum die Unterstützung der Zivilgesellschaft und müssen darum auch nicht mit effektiven Sanktionen etablierter Interessengruppen wie etwa Gewerkschaften rechnen. Dies ist eine Folge der schwachen gesellschaftlichen Einbettung der Politik. Demokratieunzufriedenheit geht in MOE immer auch mit geringem Vertrauen der Bürger in zivilgesellschaftliche Organisationen wie Nichtregierungsorganisationen oder Gewerkschaften und folglich schwacher zivilgesellschaftlicher Partizipation einher. Die daraus resultierende Schwäche der Zivilgesellschaft hinsichtlich der Kontrolle der Politik stärkt wiederum die politischen Eliten, da sich Hoffnungen auf eine Verbesserung der Lage weiterhin auf sie konzentrieren.

Drittens veranlassen Demokratieunzufriedenheit und die Abschottung der politischen Elite von den Bürgern Oppositionspolitiker dazu, sich gegen die gesamte politische Elite, also gegen den *Status quo*, zu äußern und besonders gegen leicht identifizierbare „Feinde“ Stimmung zu machen. Dies nährt destruktive Elitenkonflikte. Hauptangriffsziel bleiben dabei die (ehemaligen oder so verfemten) „Kommunisten“ und Staatssicherheitskräfte, die sich laut

Parteien wie Recht- und Gerechtigkeit (PiS) in Polen oder der Demokratisch-Liberalen Partei (PD-L) in Rumänien hinter allen anderen Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Liberalen, verstecken. Ihr Programm verspricht den radikalen Wandel der politischen Struktur mittels der Entmachtung solcher „Feinde“. Andere wichtige Themen wie etwa die zur Stärkung des Rechtsstaats noch stets notwendigen Reformen treten in den Hintergrund.

Diese drei Elemente führen zusammen zu einer selektiven Demokratie. Die relevanten Wirkungsverhältnisse sind im folgenden Diagramm (Abbildung 3) schematisch dargestellt und werden anschließend anhand von konkreten Beispielen näher erläutert.

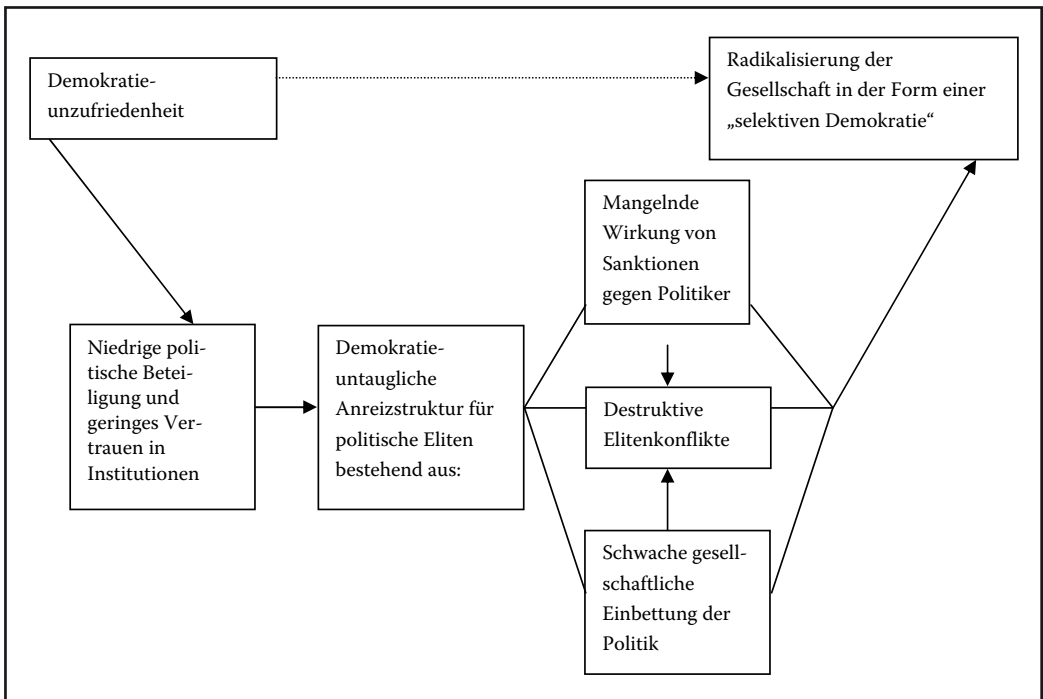
*Mangelnde Wirkung von Sanktionen*

Eine Bevölkerung, die sich nicht an der Politik beteiligt und die kein Vertrauen in die wichtigsten Institutionen eines demokratischen Staates – wie etwa in die frei gewählten Parla-

mente - hat, wird Eliten auch nicht kontrollieren oder motivieren können, ihre Politik den Interessen repräsentativer Bürgergruppen anzupassen. Politiker fühlen sich wenig verpflichtet, auf die Befindlichkeiten ihrer Wählerschaft einzugehen, solange sie nur alle vier oder fünf Jahre zur Rechenschaft gezogen werden, und selbst dann nur von einer Minderheit (vgl. dazu Kitschelt 2000: 852; quantitative Analyse: Wessels/ Klingemann 2006: 39-41). Die Folgen sind eine Beschränkung der Interessenvertretung zugunsten der Bevölkerungsgruppen, die den Politikern, möglicherweise aufgrund ihres finanziellen Einflusses, näher stehen oder die leichter zu mobilisieren sind.

Diese weitgehende Abschottung von gesellschaftlichen Interessen befördert sowohl die unten näher beschriebenen destruktiven Elitenkonflikte wie auch elitäre Verschwörungen. In Rumänien etwa erlaubt die schwache Wahlbeteiligung die Entstehung von parlamentarischen Koalitionen zur Blockierung von Maßnahmen, die darauf abzielen, das öffentliche

*Abbildung 3: Demokratieunzufriedenheit und ihre Folgen für die junge Demokratie*



Leben transparenter zu gestalten. Beispielhaft dafür ist die 2005 entstandene informelle parlamentarische Koalition fast aller Parteien, von den Sozialdemokraten über die Liberalen und die Großrumänienpartei bis zur Partei der Magyaren in Rumänien, die den betreffenden Parteien bzw. ihren Politikern dazu diente, sich der Kontrolle durch die Justizbehörden zu entziehen, ihre Einkommen zu sichern und sich mittels öffentlicher Anklagen gegen ihren prominentesten Kritiker, Präsident Traian Băsescu, zu verteidigen.

Die schwache Kontrolle über Politiker verleiht, wie sowohl in Polen als auch in Rumänien deutlich geworden ist, auch zur (fortgesetzten) Korruption. In Polen zog sich beispielsweise die Regierung des sozialdemokratischen Premierministers Leszek Miller durch Korruptionsfälle wie die sogenannte *Rywin Gate*-Affäre einen besonders schlechten Ruf zu. Solche Fälle zeigen, dass Politiker sich ihrer Wählerschaft gegenüber oft kaum verantwortlich fühlen, und dass sie politische Ämter zum Zweck ihrer persönlichen Bereicherung beziehen. Daher zählt auch die ideologische Zugehörigkeit kaum. In der rumänischen Parteiszene etwa wechseln ganze Parteien wie auch einzelne Politiker mit verblüffender Leichtigkeit ihre politisch-programmatische Zugehörigkeit. So verließ etwa die Demokratische Partei im Juni 2005 die Sozialistische Internationale, um sich der Europäischen Volkspartei anzuschließen. Da die ohnehin apathische Wählerschaft sich erst knapp drei Jahre später das nächste Mal äußern durfte, sah man an der Parteispitze keine Probleme mit einem derartigen Kurswechsel.<sup>12</sup> Eine solche Politik jedoch entfremdet die bereits von der Demokratie enttäuschten Bürger noch mehr.

### *Schwache gesellschaftliche Einbettung*

Als Pendant zur abstrakten Demokratieidee auf der politischen Ebene propagierte der typische Transformationsdiskurs in der Öffentlichkeit Mittel- und Osteuropas einen oft brutalen Individualismus auf der Ebene sozialer Beziehungen. Eine Art „kollektiver Antikollektivismus“ steht zivilgesellschaftlichen Initiativen gleichgültig, wenn nicht sogar misstrauisch

gegenüber (vgl. dazu die Studien Levinsons zu Russland, 2006).<sup>13</sup> Damit bleibt das Feld den etablierten Parteien überlassen, für deren Machtkalküle selbst die größten Organisationen der mittelosteuropäischen Zivilgesellschaften bislang kaum eine Rolle spielen.

Die Gewerkschaften haben während der Transformationsperiode zwar erheblich an Mitgliederzahlen verloren. In Jüngster Zeit aber scheint ihre Fähigkeit zur Protestmobilisierung wieder gestiegen zu sein, wie vor allem in Rumänien zu sehen ist (Trif/ Koch 2005; Avdagic 2004). Vor allem in Rumänien stellt sich daher aktuell die Frage, wie lange die Bukarester Regierungen die Gewerkschaften noch ohne Konsequenzen für die demokratische Stabilität ignorieren können. In Polen halfen die von den etablierten Parteien lange ignorierten Gewerkschaften im Jahr 2005 mit, die Kaczyński-Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) an die Macht zu bringen. Die NSZZ *Solidarność*, eine der Gewerkschaften, die für die Unruhen 2003 in Schlesien den größten Teil der Verantwortung trugen, gilt als PiS-nah, und eine der ersten Entscheidungen der PiS nach den Wahlen war, eine Klage der vorigen SLD-Regierung zurückzunehmen, die sich gegen eine parlamentarische Initiative zur Erweiterung der Rentenansprüche von Bergarbeitern gerichtet hatte. Später jedoch enttäuschte die PiS ihre ehemaligen Verbündeten und brach schon 2006 den Kontakt zur *Solidarność* und die Verhandlungen über einen Sozialvertrag ab (Zalega 2006). Sie stellt insofern keine echte Ausnahme vom generellen osteuropäischen Muster der politischen Vernachlässigung der Gewerkschaften dar (Avdagic 2004).

Auf andere Akteure der Zivilgesellschaft, mit Ausnahme der Kirchen,<sup>14</sup> nehmen Parteien in Polen und Rumänien generell keine Rücksicht. Individuen und Gruppen, die ihre Interessen nicht vertreten sehen, haben jedoch bis jetzt überwiegend direkte Protestformen vermieden, auch weil sie sich – mangels Ressourcen und Sozialkapitals - nur schwach organisieren konnten. Eine gewisse Ausnahme bilden spezifisch regionale Interessen, die sich durch das wachsende Gefälle zwischen Stadt und Land, Hauptstadt und regionalen Zentren herausgebildet und bis jetzt keinen

Anklang bei den etablierten politischen Parteien gefunden haben. Sie sind ein Auswuchs der von Schmidt-Häuer (2007: 8) so plastisch beschriebenen „geographischen Apartheid [...] zwischen den glitzernden Metropolen mit ihrer atemberaubenden Dynamik und den verödeten Landstrichen, in denen sich Wähler und rassistische Rattenfänger gute Nacht sagen“. Aus relativ homogenen Regionen, die durch die Transformation zumindest vorübergehend „verloren“ haben, sind in der Vergangenheit bereits Bewegungen (wie die der Bergarbeiter in Schlesien 2003 oder in Hunedoara-Gorj in Rumänien 1999), mitunter auch neue Parteien hervorgegangen, die (wie etwa die *Samoobrona* in Polen) Interessen der neuen sozial Schwachen artikulieren. Inzwischen scheinen die bürgerlichen Parteien jedoch ihre Lektion gelernt zu haben: Wie unten näher erläutert wird, passen sie ihren Diskurs an, um die potenzielle Wählerschaft der Rechtspopulisten abzufangen.

### *Destruktive Elitenkonflikte*

Die Demokratieunzufriedenheit der Bevölkerung verleitet politische Eliten zu der populistischen Taktik, sich selbst als Außenseiter im politischen System darzustellen. Gepredigt wird eine radikale Erneuerung, ein Abschied von der korrumpierten Transformationsgegenwart durch die Entfernung von „Kommunisten“ und oft auch durch die relative Entmachtung des Parlaments, welches als Bastion der reformunwilligen Kräfte gilt. In den polnischen Wahlen des Jahres 2005 beispielsweise stimmte eine große Anzahl der Bürger für die einzige Partei, deren Politik eine radikale Trennung vom Reformkurs *aller* bisherigen Regierungen versprach. Dabei spielte die einstige Zugehörigkeit der meisten PiS-Mitglieder zur Wahlaktion *Solidarność*, die 1997-2001 die Regierung geführt hatte, keine Rolle. Der Erfolg der PiS in Polen im Jahr 2005, der laut Krasnodebski (2006) die „Schwelle eines Umbruchs in Osteuropa“ anzeigt, ist vor allem der Vernachlässigung der Transformationsverlierer durch fast alle polnischen Regierungen bis 2005 zu verdanken. Er war ein Sieg der Wählerschaft aus ärmeren östlichen und südlichen Regionen über die

urbane, marktwirtschaftlichen Reformen gegenüber offenere Wählerschaft, der auch dadurch ermöglicht wurde, dass sich mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten an den Wahlen nicht beteiligte.

Eliten, die sich selbst als Außenseiter in einem diskreditierten politischen System darstellen, propagieren aus dieser Position der scheinbaren moralischen Überlegenheit die Entfernung ihrer Rivalen aus dem politischen Leben, indem sie sie als korrupt, unfähig, vor allem aber auch als „Kommunisten“ diffamieren. Diese Argumentationslinie steht besonders Mitte-Rechts-Parteien offen, also jenen Parteien, die keine organisatorischen oder personellen Kontinuitäten zur kommunistischen Vergangenheit aufweisen (oder diese besser vertuschen können). In Ländern wie Polen, Ungarn oder Rumänien müssen sich solche politischen Kräfte zusätzlich noch von sozialliberalen Modernisierern abgrenzen, was in Polen und Ungarn vor allem durch eine Instrumentalisierung des Euroskeptizismus gelingt. In allen drei Ländern wird liberalen Parteien auch vorgeworfen, mit Nachfolgeformationen der früheren Staatsparteien zusammengearbeitet und damit den verlängerten Einfluss „kommunistischer Eliten“ gesichert zu haben. Zur Lösung dieses Problems wird dann die Absicht deklariert, eine vierte (Polen) oder dritte (Rumänien) Republik auszurufen.

Diese radikale systemkritische Rhetorik schafft ein polarisiertes Klima, in dem, vor allem auch angesichts der niedrigen Wahlbeteiligung, auch rechtsradikale Strömungen erstarken können, von als gemäßigt bekannten Kräften akzeptiert und auf diese Weise politisch und gesellschaftlich legitimiert werden. Zum einen beobachten wir die Abwanderung nach rechts von solchen einst liberalen oder sogar linken Parteien wie FIDESZ in Ungarn oder der Demokratischen Partei (PD, heute PD-L) in Rumänien, die auf diese Weise Wähler von extremeren Kräften (wie etwa der Großrumänien-Partei) gewinnen. So ging der Aufstieg der PiS in Polen ab 2001 mit einer Stagnation der Unterstützung für die *Samoobrona* und die Liga der Polnischen Familien (LPR) einher. Zum anderen begeben sich einstmals gemäßigte Parteien in Zweckbündnisse mit extremistischen Gruppierungen,

die auf diese Weise an Einfluss gewinnen. So gliederte in Ungarn die einst liberale FIDESZ fünf rechtsextreme Parteien ein. In Rumänien versprach der Vizepräsident der PD, Emil Boc, im Wahlkampf 2004, sich niemals mit der Partei der ungarischen Minderheit zu verbünden, und sicherte so dem Präsidentschaftskandidaten der PD die Unterstützung der rechtsextremen Großrumänien-Partei. 2008 verbündeten sich PD-L und die rechtsextreme Partei „Neue Generation“ im Bukarester Stadtrat, und im September 2008 half die PD-L der Großrumänien-Partei, den Posten des Vizevorsitzenden des Senats zu behalten. Corneliu Vadim Tudor, der Vorsitzende der Großrumänien-Partei, bezeichnete zum Dank die Sozialdemokraten, die ihn vom Senatsposten entfernen wollten, als Werkzeuge „russischer Freimaurer, die die rumänische Regierung stellen wollen“ (*Gândul* 03.09.2008).

Trotz antisemitischer (FIDESZ, PiS) und homophober (PiS) Stellungnahmen sind bisher jedoch die „Kommunisten“ für PiS, FIDESZ und PD-L der Hauptfeind geblieben. Dies ist umso frappierender, als die PD-L (um ein Beispiel zu wählen) eigentlich eine Nachfolgerpartei der rumänischen Nationalen Rettungsfront ist (also eine Partei mit vielen ehemaligen Mitgliedern des alten Regimes) und bis 2005 Mitglied der sozialistischen Internationale war. Zudem verwenden FIDESZ und PD-L den Diskurs gegen „Kommunisten“ auch dazu, eine weitere unbeliebte Kategorie anzugreifen: die Neureichen. Diesen wird vorgeworfen, „kommunistennah“ zu sein und sich über ihre Beziehungen zur kommunistischen Partei oder zu den Sicherheitsdiensten bereichert zu haben.

Es gehört seit langem zum Gemeingut der Politikwissenschaft, dass die Inaktivität der „Mitte“ der Wählerschaft (im Sinne mangelnder politischer Beteiligung) eine Radikalisierung des Parteiensystems begünstigen kann. Auffallend an der Situation in Mittelosteuropa ist jedoch die Tatsache, dass eine solche Radikalisierung nicht so sehr durch die Neugründung extremistischer Parteien stattfindet, sondern vor allem durch einen „Rechtsrutsch“ etablierter Zentrumsparteien und -bewegungen, der wie im Falle Ungarns sogar zum Verschwinden der alten rechtsextremen Parteien führen

kann. Ehemalige Zentrumsparteien deuten die Konfliktlinie um die kommunistische Vergangenheit systemkritisch um und gehen auf die Enttäuschung der Bürger mit dem real existierenden politischen System radikal ein. Während die Konfliktlinie „Postkommunisten“ gegen „Antikommunisten“ vielerorts noch fortbesteht, entwickelt sich parallel dazu eine zweite Konfliktlinie zwischen dem „Volk“ und der „korrupten Elite“, welche die erstgenannte sukzessive überlagert und ebenso populistisch instrumentalisiert wird (Krašev 2007).

### Selektive Demokratie

Zwar greifen die Parteien, die selektive Demokratie praktizieren, die elementaren Grundprinzipien der demokratischen Ordnung nicht direkt an, zumal die Bevölkerungsanteile, die die Demokratie als Prinzip trotz wachsender Unzufriedenheit mit der konkreten Ordnung in ihrem Land unterstützen, noch immer über 50 Prozent liegen (vgl. Fuchs/ Roller 2006: 86). Doch schwächen bzw. unterwandern sie sie mittels Kampagnen zur „Säuberung“ der demokratischen Kontrollinstitutionen (Parlamente, Justiz, Medien), wie sich anhand der PiS-Regierung in Polen und der gegenwärtigen Entwicklung in Rumänien gut illustrieren lässt.

Polen stellt ein gutes Beispiel dafür dar, was die hier dargestellten destruktiven Elitenkonflikte bewirken können. Die PiS, 2005 von einer Minderheit der polnischen Wählerschaft gewählt, glaubte ein Mandat zu haben, gegen die gesamte politische Ordnung anzutreten, die 1989 begründet worden ist. Ähnlich wie die FIDESZ-Regierung in Ungarn infiltrierte sie systematisch die unabhängigen Kontrollinstitutionen der dritten polnischen Republik, dieses „postkommunistischen Monsters“,<sup>15</sup> und kompromittierte dadurch deren politische Unabhängigkeit. Mit gezielten Aktionen versuchte sie beispielsweise, die Unabhängigkeit der Nationalen Presseagentur PAP, die lange als politisch „links“ galt, des Nationalen Rundfunkrates KKRiT, der beispielweise gegen den regierungsfreundlichen Rundfunksender *Radio Marija* Sanktionen wegen Antisemitismus

angestrengt hatte, sowie des Verfassungsgerichtshofs zu unterwandern. Der Verfassungsgerichtshof hatte sich mehreren PiS-Initiativen widersetzt. Unter anderem hatte er ein Verbot von Homosexuellen-Demonstrationen abgelehnt, was ihm die Regierung besonders übel nahm, und sich im Mai 2007 dem Lustrationsgesetz der PiS widersetzt. Die Reinigung der Republik von ehemaligen Mitarbeitern des kommunistischen Regimes war eines der Hauptziele, mit denen die PiS ihr Mandat angetreten hatte. Ihr Gesetz sah entsprechend vor, nicht nur Mitarbeiter des Staatsapparates auf inoffizielle Tätigkeit für die kommunistischen Geheimdienste zu überprüfen, sondern auch Journalisten, Akademiker und Unternehmer (zum Beispiel Leiter von Verlagshäusern) (Semler 2007).

In Rumänien sind der Präsident und die PD-L erst noch dabei, gegen ihre Feinde zu mobilisieren, konnten aber viele der von ihnen gewünschten Maßnahmen (noch) nicht durchsetzen. Ähnlich wie bei dem Projekt der „Vierten Republik“ in Polen (Kochanowicz 2007) unterstützen auch hier führende Intellektuelle die Idee, eine „Dritte Republik“ zu gründen, mit einem präsidentiellen Regierungssystem. Auch hier konzentrieren sich die Bemühungen der Demokratisch-Liberalen Partei, des Präsidenten Basescu und der sie unterstützenden Intellektuellen auf die Eliminierung der „Kommunisten“ aus öffentlichen Ämtern. Eine „präsidiale Kommission“ unter der Leitung des bekannten rumänisch-amerikanischen Politologen Vladimir Tismăneanu fordert in ihrem Bericht über den rumänischen Kommunismus: die Bestrafung der Leugnung der Verbrechen des Kommunismus und der Verharmlosung des kommunistischen Regimes und dessen Mitglieder; das Verbot kommunistischer Symbole wie des roten Sterns, des Hammer-und-Sichel-Wappens etc.; und die Gleichstellung der Verbrechen des Kommunismus mit denen des Faschismus.<sup>16</sup> Außerdem unterstützt sie die Verschärfung des Lustrationsgesetzes, das in seiner derzeitigen Form die Beseitigung ehemaliger „Aktivisten“ aus allen „öffentlichen Stellen“ (vom Präsidenten bis zum Dorfbürgermeister) und aus allen möglichen Strukturen vorsieht, die den Interessen des Staates dienen,

inklusive Unternehmen. Mit „Aktivisten“ sind dabei alle ehemaligen Angestellten kommunistischer Organisationen, Behörden und Einrichtungen wie der Partei, des Regierungsapparats, der Presse oder des Geheimdienstes gemeint. In Zukunft soll diese Kommission, unter der Schirmherrschaft des Präsidenten, auch Schulbücher über die Verbrechen des Kommunismus erstellen.<sup>17</sup>

Im Gegensatz zu Polen stellt in Rumänien niemand die Rechtsstaatlichkeit solcher Maßnahmen in Frage. Doch auf welcher Grundlage kann man Staatsbürgern, die nicht von der Justiz verurteilt worden sind, den Zugang zu öffentlichen Stellen verbieten? Rechtsstaatliche Prinzipien – wie etwa das Recht auf ein gerichtliches Verfahren – sollen für ehemalige Angehörige des kommunistischen Staatsapparates offenbar nicht mehr gelten – eine Rechtsauffassung, die genau jener des früheren Regimes gleicht, als beispielsweise den Kindern von Großbauern oder antikommunistischen Intellektuellen aufgrund ihrer „ungesunden sozialen Herkunft“ das Recht auf berufliche Karrieremöglichkeiten versagt wurde. Zudem wird im Entwurf zum Lustrationsgesetz die Kategorie ehemaliger Kommunisten breit genug definiert, um die Beseitigung vieler politischer Rivalen durch die jeweils regierende Partei zu ermöglichen, was durch die Verschleppung der Justizreform zusätzlich begünstigt wird. Ein weiteres Problem besteht darin, dass durch das Vortreiben von Großprojekten der Lustration andere Reformprojekte in den Hintergrund treten. Den Anhängern der Parteien der selektiven Demokratie wird dabei erzählt, dass ohne derartige Großprojekte keine wirklich tiefgreifenden Reformen möglich seien. Doch das Gegenteil ist augenscheinlich derzeit der Fall, und welche Garantien hat der Bürger, dass andere Reformen, etwa solche, die das Handeln von Politikern transparenter machen würden, auch noch durchgeführt werden, wenn der konstitutionelle Umbau zugunsten der derzeitigen Eliten einmal vollzogen ist?

Dass viele Bürger Mitteleuropas im Elitekrieg gegen „Kommunisten“ und andere Widersacher nichts Undemokratisches sehen, wird auch dadurch ermöglicht, dass der Begriff der Demokratie hier relativ abstrakt besetzt

und nur schwach mit Pluralismus oder Bürgerbeteiligung zur Kontrolle von Politikern konnotiert ist (vgl. Căjvăneanu et al. 2002). Das wenig pragmatische und kaum gefestigte Demokratieverständnis in Mittelosteuropa ermöglicht es politischen Eliten, trotz solider Demokratieunterstützung den Demokratiebegriff im Licht der neuen Konfliktlinien mittelosteuropäischer Politik zu besetzen. Dieses Demokratieverständnis verbindet „Demokratie“ kaum mit aktiver Beteiligung, mit der Existenz eines pluralistischen Mehrparteiensystems (siehe letzte Reihe in Tabelle 1) oder mit Minderheitenschutz (dritte Reihe in Tabelle 1). Stattdessen verbreiten sich Resignation oder gar Akzeptanz der Radikalisierung der Mitte-Rechts-Parteien (Mungiu-Pippidi 2007), die (oft im Namen der Freiheit sowie der Abrechnung mit ihren Vorgängern) politische Gegner an den Rand drängen und die Ausgrenzung ganzer politischer und gesellschaftlicher Gruppen nicht nur tolerieren, sondern auch legitimieren.<sup>18</sup>

## Ungarn

Der Fall Ungarns erschien lange Zeit als paradox, da hier starke Demokratieunzufriedenheit mit einer relativ hohen Wahlbeteiligung und anscheinend auch mit einer erfolgreichen Wirtschaftsentwicklung einherging. Die negativen Effekte, die in anderen Ländern mit kompakten Regionen von Transformationsverlierern verbunden sind, blieben lange aus, und die ungarische Gesellschaft wies eine starke Wählerschaft der Mitte auf, auf die sich

die Sozialistische Partei längere Zeit stützen konnte.<sup>20</sup> Meinungsumfragen deuten daraufhin, dass hier auch ein Demokratieverständnis, das Werte wie Toleranz und Minderheitenschutz einschließt, weiter verbreitet ist als in Polen und Rumänien. So stimmte beispielsweise im Jahr 2001 mit 41,8 Prozent ein vergleichsweise geringer Anteil der Ungarn der Aussage zu: „Die Gesellschaft sollte sich mit politischen Meinungen, die von den Meinungen der Mehrheit grundsätzlich abweichen, nicht abfinden“ – in Polen lag dieser Anteil bei 45 Prozent, in Rumänien bei 59,6 Prozent.<sup>21</sup>

Das Ergebnis der Parlamentswahlen im Jahr 2006 stellte ein Novum in der postkommunistischen Geschichte der hier untersuchten Länder dar. Bis zu diesem Zeitpunkt war noch in keinem dieser drei Länder je eine Regierung wiedergewählt worden. Die von der Ungarischen sozialistischen Partei (USP) geführte Koalition mit dem Bund der freien Demokraten (SZDSZ), die 2002 die FIDESZ-Regierung (1998-2002) abgelöst hatte, war die erste, der dies gelang.<sup>22</sup> Ihre Wiederwahl verdankte sie zumindest teilweise den Maßnahmen der Gyurcsány-Regierung im sozialpolitischen Bereich, den die FIDESZ-Regierung zur Enttäuschung vieler Wähler vernachlässigt hatte (Ágh 2002). Die hohen Sozialausgaben, die allerdings, wie inzwischen deutlich geworden ist, zu einem unhaltbaren Haushaltsdefizit geführt haben, linderten die Not in den investitionsarmen Regionen Nordostungarns und verbesserten die Lage der sozial Schwächeren. Dies war ein Grund dafür, dass eine Radikalisierung, wie sie sich im Falle Polens in den Wahlergebnissen von 2005 und im Aufschwung von Parteien wie *Sa-*

Tabelle 1: Bedeutung von Demokratie für die Bürger (2001)<sup>19</sup>

	Ungarn	Polen	Rumänien
Freiheit	31,1%	46,4%	49,0%
Sozial-wirtschaftliche Demokratie	24,7%	15,7%	12,8%
Beteiligung	12,4%	10,5%	4,1%
Legal-institutionelle Demokratie	5,9%	9,8%	7,3%
Parteien, Wahlen	6,6%	3,0%	1,5%

*moobrona* manifestiert hat, zunächst ausblieb. Ein zweiter Grund war, dass sich FIDESZ mit der Eingliederung von fünf Rechtsparteien den Ruf eingehandelt hatte, eine zu extremistische Richtung eingeschlagen zu haben, die vor allem in Budapest auf weitgehende Ablehnung stieß. Die Entwicklung hin zur selektiven Demokratie schien aber in Ungarn eher aufgeschoben als aufgehoben. Seit September 2006 ähnelt die Dynamik der ungarischen Politik der der Nachbarländer, auch wenn dieser Trend vielfach erst seit 2008 wahrgenommen wird.

Die Demokratieunzufriedenheit ist in Ungarn durchgehend und ähnlich hoch geblieben wie in Rumänien und Polen, was auf das Handeln der politischen Eliten zurückgeführt werden kann. Während FIDESZ mit rechtskonservativen Parolen der Intoleranz und der Unversöhnlichkeit gegenüber politischen Kontrahenten wirbt, hat die Gyurcsány-Regierung nachhaltig demonstriert, wie schwach die Bindung zwischen Bürgern und politischen Eliten ist. Das öffentliche Eingeständnis Gyurcsánys, dass er und seine Regierung die Bürger vor den Wahlen 2006 über die tatsächliche Lage belogen haben, und vor allem seine Weigerung, die Schuld seiner Regierung und Partei einzugestehen und der Öffentlichkeit die Hintergründe seines Handelns zu erklären, stürzten das Land in eine schwere Krise (Kovats/ Bálint 2006). Rechtsradikale Gruppierungen traten mit Straßenprotesten in die Öffentlichkeit. Zunächst erschienen diese Krawallaktionen noch harmlos, denn solange Rechtsextremisten die Krawalle anführten, so war deutlich, würde sich das Gros der Bürger nicht daran beteiligen. Das strenge Sparprogramm, das die Regierung nach Gyurcsánys Eingeständnis auflegte, und ihre Weigerung, mit den Gewerkschaften zu verhandeln, bescherten den Sozialisten den Ruf, einen zunehmend neoliberalen Kurs eingeschlagen zu haben; es schien nicht mehr „genug für alle“ zu geben, und der zuvor erkaufte soziale Frieden begann zu bröckeln (Tamás 2009).

Inzwischen ist erschreckend deutlich geworden, wie wenig die ungarische Zivilgesellschaft radikalisierenden Strömungen entgegen zu setzen hat. Wohl geht die Mehrheit der Staatsbürger nicht pöbeln, doch regt sich extrem wenig Widerstand gegen die

zunehmende Intoleranz in der Gesellschaft. So erfreut sich beispielsweise die „Ungarische Garde“, eine rechtsradikale Organisation, die vornehmlich gegen Roma mobil macht, laut Amnesty International (2009) wachsender Unterstützung.

Außerparlamentarische Formen der gesellschaftlichen Einbettung der Politik funktionieren auch in Ungarn kaum. Von den drei Arten von Organisationen, die die Interessenvertretung in einer entwickelten Demokratie prägen, sind in Ungarn die Nichtregierungsorganisationen (NRO) nur mäßig entwickelt. Hier gilt wie für Mitteleuropa im Allgemeinen, dass in der Regel nur solche NROs mobilisierungsfähig sind, die von der jeweiligen Regierung unterstützt werden.<sup>23</sup> Zwar hat Ungarn im Vergleich zu Polen viel aktivere Gewerkschaften, aber diese hängen ebenfalls stark von der Gunst der Regierung ab. Die Schwierigkeiten des Aufbaus von regionalen Institutionen, insbesondere in solchen Regionen, die durch die Transformation stark benachteiligt wurden, sind weitreichend dokumentiert.<sup>24</sup>

Derweil bewegt sich FIDESZ aus der Mitte-Rechts-Position in das erzkonservative Lager und umwirbt dabei, ähnlich wie zuvor die PiS in Polen, die Gewerkschaften mit dem Versprechen, im Falle eines Wahlsiegs radikal mit dem Kurs der heutigen Regierung zu brechen. Auch FIDESZ glaubt, den Feind richtig identifiziert zu haben: in Gestalt der Wirtschaftseliten, die früher zu den Führungskräften des alten Regimes gehörten und heute Zuflucht im Parlament gefunden haben.<sup>25</sup> Wie Schmidt-Häuer (2007: 8) konstatiert, „sind die Ungarn [heute] in einen mentalen Bürgerkrieg mit sich selbst zurückgefallen. Der unversöhnliche Konflikt zwischen patriotischen Populisten und hilflosen sozialliberalen Modernisierern spaltet Nation und Familien wie in keinem anderen Land Ostmitteleuropas“. Noch bevor die Wirtschaftskrise im Jahr 2008 ihr ganzes Ausmaß zeigte, schrieb Michael Ehrke (2007: 1): „Die Gesellschaft [in Ungarn] ist sozial und strukturell atomisiert und die Grundstimmung [ist] von einer tiefen Unzufriedenheit geprägt. [...] Die politischen Kräfte sind polarisiert und dadurch nur bedingt handlungsfähig. [...] Andauernde parteipolitische Polarisierung und



gewaltsamer rechtsextremistischer Protest drücken politische Probleme aus wie sie in ganz Zentraleuropa präsent sind“.

## Fazit

Das Problem der Demokratieunzufriedenheit in Mittelosteuropa ist nichts Neues. Es war eine der ersten zutreffenden Feststellungen der transformationsorientierten Politikwissenschaft, dass die massiven Veränderungen in postkommunistischen Gesellschaften nicht nur objektive, sondern auch subjektive Transformationsverlierer erzeugen würden (Elster 1990; Offe 1991; Wiesenthal 1995; Gaber 2002). Die bisherige Literatur konzentriert sich aber im Großen und Ganzen darauf, entweder die Ausdrucksformen der Demokratieunzufriedenheit deskriptiv darzustellen oder ihre Entstehungsgründe zu erforschen (Krasnodebski 2006; Fuchs et al. 2006). Verschiedene berufen sich auf David Eastons (1975) Unterscheidung zwischen diffuser und spezifischer politischer Unterstützung der Demokratie und zeigen, dass die Mehrheit in Osteuropa die Demokratie als Prinzip unterstützt und in der Lage ist, „zwischen dem Prinzip der Demokratie und der Umsetzung dieses Prinzips“ zu unterscheiden. Sie unterstreichen aber auch die Bedeutung der schwachen „Performanz des politischen und ökonomischen Systems“ für die Erklärung der hohen Unzufriedenheit mit der real existierenden Demokratie (Pollack/Jacobs 2002; Jacobs et al. 2003).<sup>26</sup>

Ausgehend von der deskriptiven und erklärenden Literatur haben wir uns hier vor allem den *Auswirkungen* der Demokratieunzufriedenheit gewidmet und beleuchtet, wie sie mit der - unter anderem durch Segert (2008) diagnostizierten - Krise der repräsentativen Demokratie in der Region zusammenhängt. Dabei wurde deutlich, dass die Demokratieunzufriedenheit in Ländern wie Polen, Rumänien oder auch Ungarn zwar (unter anderem) von den wirtschaftlichen Umwälzungen, der „Konfrontation zwischen Gewinnern und Verlierern der wirtschaftlichen Transformation“ (Segert 2008: 49) und der schwachen Responsivität des politischen Systems verursacht worden

sein mag, ihr heutiges Fortbestehen aber über die hier beschriebene Anreizstruktur politischer Eliten weiter potenziert wird. Diese Anreizstruktur basiert auf der weitgehenden Abkoppelung der politischen Eliten von der breiteren Öffentlichkeit und der Bedeutung des politischen Kapitals, welches politische Akteure im hier beschriebenen Kontext – einem Teufelskreis gleich - aus der Instrumentalisierung der Politikverdrossenheit schlagen können. Die Folge sind destruktive Elitenkonflikte sowie eine schleichende Radikalisierung von Politik und Gesellschaft, die in einer „reduzierten“ Form von selektiver Demokratie ihre höchst problematische Ausdrucksform findet.

## Anmerkungen

- 1 Wir folgen der Demokratiedefinition von Gesine Schwan (2001: 13): „Unter *Demokratien* werden hier politische Systeme verstanden, die sich aus der *Souveränität* des Volkes legitimieren, deren Institutionen in einer *pluralistischen Gesellschaft* den politischen Entscheidungsprozess *gewaltenteilig, rechtsstaatlich* und überwiegend *repräsentativ organisieren* und deren Ziel darin liegt, die *persönliche Autonomie und Integrität der Bürger* sowie ihre politische Freiheit, d.h. ihre verantwortliche Teilhabe an der politischen Willensbildung und Entscheidung, zu sichern“ (Hervorhebungen im Original).
- 2 Beteiligungsformen umfassen Wählen, Beteiligung an Wahlkampagnen, Kontaktaufnahme zu Abgeordneten und anderen gewählten Amtsinhabern und verschiedene Formen des Protestes (Krishna 2002). Die Teilnahme der Bürger an Protestaktivitäten ist besonders wichtig für die Konsolidierung von Demokratien, denn solche Aktivitäten sozialisieren die Bürger im Geist ihrer Rechte und schaffen dadurch mehr Toleranz in den Reihen der sich Beteiligten, *unabhängig* vom Inhalt ihres Protestes. Siehe dazu Guérin et al. 2004.
- 3 In Rumänien regierte allerdings seit Dezember 2008 bis September 2009 eine Koalition aus Sozialdemokraten (PSD) und Rechtsliberalen (PD-L). Dies lässt sich am ehesten als eine pragmatische Entscheidung der PD-L erklären, sich den Partner auszusuchen, der einen Premierminister der PD-L zu akzeptieren bereit war.
- 4 Eine mögliche Ausnahme sind, wie unten angesprochen, Gewerkschaften.
- 5 Segert (2008) bezieht sich auf Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Zum Phänomen des Populismus in Ostmitteleuropa siehe auch Rupnik 2007.
- 6 Dies gilt allgemein für alle neuen Demokratien, die der EU in der Osterweiterungswelle 2004-07 beigetreten sind. Die einzige Ausnahme ist die Slowakei bis 1997.
- 7 Zusammengestellt von den Autoren, basierend auf

- Daten aus dem Standard Eurobarometer, Central and Eastern Eurobarometer und Candidate Countries Eurobarometer. Alle abrufbar auf der Webseite der Europäischen Kommission unter [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives_en.htm) [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives_en.htm).
- 8 Dies wird auch von den Autoren des Eurobarometers 61 (2004) festgestellt. Die Zufriedenheit mit der eigenen (nationalen) Demokratie ist am höchsten unter den mittelsteuropäischen „white collar workers“ (37%) und in der Altersgruppe 15-24, am niedrigsten unter den Arbeitslosen (24%) und den Rentnern (ebenfalls 24%). Siehe auch Candidate Countries Eurobarometer 2003.4 (2003).
  - 9 Zusammengefasst von den Autoren, basierend auf Daten aus dem Standard Eurobarometer (2007).
  - 10 Vgl. dazu Gaber 2002. Die Daten stammen aus dem internationalen Kooperationsprogramm „Consolidation of Democracy in Central and Eastern Europe 1998-2001: A Fifteen Country Study“, (2005); siehe auch Fuchs/ Roller 2006. Daten zur objektiven Existenz von „Transformationsverlierern“ sind zu finden bei Melo/ Gelb 1996 und Milanovic 1998.
  - 11 Nach der intensiveren Mobilisierung im Wahlkampf 2007 erreichte die Wahlbeteiligung in Polen 53,9%. Gleichzeitig stieg mit der Ablösung der PiS-Regierung auch die Demokratiezufriedenheit an. Jedoch bleibt das Land sozial und geographisch gespalten zwischen Modernisierern und dem „sozialen Block“ der PiS Anhänger, die den Kaczynski-Brüdern Richtung Einparteiensstaat zu folgen bereit waren (Ascherson 2007; siehe auch Smolar 2006). In Ungarn sank die Wahlbeteiligung von 75% (1990) auf 56% (1998), stieg dann aber 2002 auf 73,5% und lag 2006 bei 67,8%.
  - 12 Auch die Schwäche der innerparteilichen Demokratie ermöglicht den Parteieneliten derartige Manöver und hat dadurch zur Instabilität der Parteien- und Regierungslandschaft beigetragen.
  - 13 Wichtig und neu an der Studie von Levinson (2006) ist der Gedanke, dass nicht nur die Jahrzehnte des Kommunismus für die Zerstörung sozialer Netzwerke und Vertrauens verantwortlich sind, sondern vor allem auch die Wende und die Transformation, durch die massive Verunsicherung der Bürger und die Kompromittierung von Werten wie „Kollektivismus“, die heutige zivilgesellschaftliche Initiativen stützen könnten.
  - 14 Die Kirchen sind in beiden Ländern gesellschaftlich sehr einflussreich, nutzen ihren Einfluss aber unterschiedlich: die katholische Kirche in Polen viel mehr als die orthodoxe in Rumänien, deren Vertreter sich nie öffentlich für oder gegen die eine oder andere Partei gerichtet haben.
  - 15 So eine Äußerung des polnischen Präsidenten auf dem Kongress der PiS im Juni 2006, laut *Warsaw Business Journal* vom 12. Juni 2006.
  - 16 Der Bericht ist abrufbar unter: [http://www.presidency.ro/static/ordine/RAPORT\\_FINAL\\_CPADCR.pdf](http://www.presidency.ro/static/ordine/RAPORT_FINAL_CPADCR.pdf) (20.7.2009).
  - 17 Siehe den Entwurf der „Timisoara Gesellschaft“, abrufbar unter: [http://www.avocatnet.ro/content/articles/id\\_5044/Legea/lustratiei/expunere/de/motive/si/text/integral.html](http://www.avocatnet.ro/content/articles/id_5044/Legea/lustratiei/expunere/de/motive/si/text/integral.html) (6.01.2008).
  - 18 Ein aktuelles Beispiel für eine solche Strategie ist auch in Bulgarien zu finden, wo Bojko Borisow, der Bürgermeister von Sofia, sie erfolgreich gebrauchte, um in den Parlamentswahlen vom Juli 2009 mit seiner Partei „Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens“ (GERB) an die Macht zu kommen. Der zukünftige Premierminister sagte über die bisher regierende Bulgarische Sozialistische Partei: „1944 haben sie am 16. September meinen Großvater wie einen Hund ermordet, und heute würdige ich ihn, wenn ich sie vom Thron stürze“. Dies obwohl laut GERB der Wahlsieg die Partei dazu verpflichtet, „eine Partei des ganzen Volkes zu sein“, *Dariknews*, 5.7.2009, abrufbar unter [http://dariknews.bg/view\\_article.php?article\\_id=372174](http://dariknews.bg/view_article.php?article_id=372174) (20.7.2009). Im Wahlkampf versprach der als starker Führer auftretende Borisow, der allgegenwärtigen Korruption in Bulgarien Herr zu werden, doch weist, wie der *Spiegel* berichtet, in Borisows Vergangenheit wenig darauf hin, dass er für diese Aufgabe eine gelungene Wahl ist (Mayr 2009).
  - 19 Zusammenstellung der Autoren. Die Daten stammen aus Consolidation of Democracy in Central and Eastern Europe 1998-2001: A Fifteen Country Study (2005). Die Frage lautet „Welche ist für sie die Bedeutung von Demokratie?“ Jede Antwortkategorie stellt in der Studie eine andere Variable dar. Am dramatischsten erscheinen uns die niedrigen Werte für Demokratie als „Parteien und Wahlen“, da diese Kategorie auch Antworten wie zum Beispiel „politischer Pluralismus“ oder „parlamentarische Regierung mit gewählten Mitgliedern“ umfasst. Die Kategorie „legal-institutionelle Demokratie“ umfasst Antworten wie „Rechtsstaat“, „gesetzlicher Schutz“, „Menschenrechtsschutz“, „Schutz von Minderheiten“ etc. Interessant erscheint uns auch die starke Unterstützung der Befragten in Ungarn für die Kategorie „sozialwirtschaftliche Demokratie“, die Antworten wie „Gleichheit“, „gerechte Verteilung von Gütern“, „genereller Wohlstand“, „hohe Löhne“ umfasst. Die Zahlen für die Bedeutung von Demokratie als Freiheit können sich seit der Studie verschlechtert haben, da die Erinnerung an die Jahre der Diktatur verblasst (vgl. Delhey/ Tobsch 2003).
  - 20 Andere Faktoren, die aus Ungarn eine Ausnahme in der Region machen, werden in der folgenden Diskussion ausgeklammert. Diese Faktoren schließen etwa die extrem hohe Investitionsrate (ungleich verteilt) oder die direkte Privatisierungsmethode von Staatsunternehmen mit ein, die für die bereits in den 90er Jahren erzielten Investitionsraten (und Arbeitsplätze) mitverantwortlich ist. Vgl. Schnitzer 2004; Beyer/Wielgohs 2001.
  - 21 Daten aus Consolidation of Democracy in Central and Eastern Europe 1998-2001: A Fifteen Country Study (2005).
  - 22 Ferenc Gyurcsány (MSZP) war von September 2004 bis April 2009 Ministerpräsident von Ungarn.
  - 23 Siehe die These von Ágh (2002: 16) zur extremen Fragmentierung der ungarischen Zivilgesellschaft, die es dieser nicht ermöglichte, dem „wilden Kreuzzug [der FIDESZ] für religiöse Bekehrung“ entgegenzutreten. Vgl. Pishchikova 2006 zu Ukraine.
  - 24 „Defizite beim Einbezug von funktionalen Interessenvertretern“ und „Gremien der regionalen funktionalen Akteure“ in Fragen der Regionentwicklung waren bis

- 2002 die Folge der konservativen, zentralisierenden Regierungspolitik von FIDESZ (Pieper 2005).
- 25 Das beste Beispiel ist ihnen dabei Gyurcsány selbst (siehe Ehrke 2005).
- 26 Die Studie von Jacobs et al. (2003) räumt der mangelnden „Reaktivität“ osteuropäischer politischer Systeme in Bezug auf die Interessen der Bürger die größte Rolle in der Erklärung von Demokratieunzufriedenheit ein.

## Literatur

- Ágh, Attila (2002): Ungarn zwischen zentralistischer Mehrheitsdemokratie und europäischer Mehrebenendemokratie. Politikinformation Osteuropa. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung.
- Amnesty International (2009): Amnesty Report 2009: Ungarn. Abrufbar unter <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2009/ungarn> (13.7.2009).
- Ascherson, Neal (2007): Poland after PiS: Handle with Care. In: *Open Democracy*, 26.10. 2007. Abrufbar unter [http://www.opendemocracy.net/article/democracy\\_power/politics\\_protest/poland\\_election](http://www.opendemocracy.net/article/democracy_power/politics_protest/poland_election) (16.08.2009).
- Avdagic, Sabina (2004): Loyalty and Power in Union-Party Alliances: Labor Politics in Postcommunism. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Discussion Paper 04/7.
- Beyer, Jürgen/ Wielgohs, Jan (2001): On the Limits of Path-Dependency Approaches for Explaining Post-Socialist Institution Building: In Critical Response to David Stark. In: *East European Politics and Societies* 15 (2), 356-388.
- Candidate Countries Eurobarometer 2003.4 (EB60 – CCEB 2003.4) (2003). Abrufbar unter [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/cceb/2003/cceb2003.4\\_comparative.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/cceb/2003/cceb2003.4_comparative.pdf) (10.01.2008).
- Căjvăneanu, Doina/ Cristescu, Radu/ Lujanschi, Sergiu/ Freyberg-Inan, Annette (2002): What Does Democracy Mean to Romanians? Abrufbar unter <https://home.medewerker.uva.nl/homepage/bestanden/RT%20Progress%20Report.pdf> (13.7.2009).
- Consolidation of Democracy in Central and Eastern Europe 1998-2001: A Fifteen Country Study (2005): Continuation of the 1990-92 Post-Communist Publics Study in Eleven Countries. Koordiniert durch Edeltraud Roller, Dieter Fuchs, Hans-Dieter Klingemann, Bernhard Wessels (Social Science Research Center Berlin, WZB) und János Simon (Hungarian Academy of Sciences, Budapest).
- Delhey, Jan/ Tobsch, Verena (2003): Satisfaction with Democracy and Its Sources: The Cases of East Germany and Hungary, in: Pollack, D./Jacobs, J./Müller, O./Pickel, G., (Hg.): *Political Culture in Post-Communist Europe: Attitudes in New Democracies*. Aldershot, 125-131.
- Easton, David (1975): A Re-Assessment of the Concept of Political Support. In: *British Journal of Political Science* 5 (4), 435-437.
- Ehrke, Michael (2005): Ein Jahr danach: Ostmitteleuropa in der Beitrittskrise? Politikinformation Osteuropa. Bonn.
- Ehrke, Michael (2007): Länderanalyse Ungarn: Strukturen eines postkommunistischen Transformationslandes. Internationale Politikanalyse, Friedrich-Ebert-Stiftung, Oktober 2007.
- Elster, Jon (1990): The Necessity and Impossibility of Simultaneous Economic Reform and Political Reform. In: Ploszajdzki, P. (Hg.): *Philosophy of Social Choice*. Warschau, 309-316.
- Eurobarometer 61 (2004). Abrufbar unter [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb61/eb61\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb61/eb61_en.htm) (10.01.2008).
- Fuchs, Dieter/ Roller, Edeltraud (2006): Learned Democracy? Support of Democracy in Central and Eastern Europe. In: *International Journal of Sociology* 36 (3), 70-96.
- Fuchs, Dieter/ Roller, Edeltraud/ Zagórski, Krzyszysztof (2006): Interaction of Social and Political Processes. In: *International Journal of Sociology* 36 (2), 3-10.
- Gaber, Rusanna (2002): Verlierer der Transformation in Mittelosteuropa. In: Forschungsstelle Osteuropa (Hg.): *Gewinner und Verlierer post-sozialistischer Transformationsprozesse*. Bremen, 111-117.
- Golinowska, Stanisława (2005): Polish Society 15 Years after the Round Table: Its Condition, Social Structure, Attitudes, Values and Social Capital. In: *Poland: The Social Report*. Friedrich Ebert Stiftung.
- Guérin, Daniel/ Petry, Francois/ Crête, Jean (2004): Tolerance, Protest and Democratic Transition: Survey Evidence from 13 Post-communist Countries. In: *European Journal of Political Research* 43, 371-395.
- Jacobs, Jörg/ Müller, Olaf/ Pickel, Gert (2003): Persistence of Democracies in Central and Eastern Europe: Consolidation, Stability, and People's Power of Resisting. In: Pollack, D./ Jacobs, J./Müller, O./ Pickel, G. (Hg.): *Political Culture in Post-Communist Europe: Attitudes in New Democracies*. Aldershot, 91-114.
- Kitschelt, Herbert (2000): Linkages between Citizens and Politicians in Democratic Policies. In: *Comparative Political Studies* 33 (6/7), 845-879.
- Kochanowicz, Jacek (2007): Right Turn: Polish Politics at the Beginning of the Twenty-first Century. In: *Transit* 34.
- Kovats, Roland/ Bálint, Molnár (2006): Patriot Gambles, in *Transitions On-line*, 6.10.2006.
- Krasnodębski, Zdzisław (2006): Verlierer und Gewinner in Ostmitteleuropa. In: *OST-WEST: Europäische Perspektiven* 7 (2), 93-101.
- Krastev, Ivan (2007): Die Stunde des Populismus. In: *Transit* 33.
- Krishna, Anirudh (2002): Enhancing Political Participation in Democracies: What is the Role of Social Capital? In: *Comparative Political Parties* 35 (4), 437-460.
- Levinson, Aleksej (2006): Kolektivnyj antikolektivizm. In: *Neprikosnovennyj zapas* 45, 34-39.
- Mayr, Walter (2009): Bulgarien: Im Namen des Volkes. In: *Der Spiegel*, Nr. 27, 29.6.09, 87-88.
- Melo, Martha de/ Gelb, Alan (1996): A Comparative Analysis of Twenty-Eight Transition Economies in Europe and Asia. In: *Post-Soviet Geography and Economics* 37 (5), 265-285.
- Milanovic, Branko (1998): Income, Inequality, and Poverty during the Transition from Planned to Market Economy. Washington.
- Mungiu-Pippidi, Alina (2007): Is East-Central Europe Backsliding? EU Accession is No "End of History". In: *Journal of Democracy* 14 (4), 8-16.

- Offe, Claus (1991): Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa. In: Merkur 45, 279-292.
- Offe, Claus (1997): Herausforderungen der Demokratie. Frankfurt (Main).
- Pieper, Karin (2005): Die Europäisierung der Regionalpolitik in Ungarn und Polen – Zur Umsetzung regionaler Phareprogramme. Beitrag zum Erbe des Beitritts-Seminar des Lehrstuhls für Europa-Studien der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder). Beruht auf: Pieper, K. (2004): Regionalpolitik in Ungarn und Polen: Zwei Staaten im EU-Beitrittsprozess. Doktorarbeit, Universität Osnabrück.
- Pishchikova, Kateryna (2006): Lost in Translation: USAID Assistance to Democracy Building in Post-communist Ukraine. Doktorarbeit, Universität von Amsterdam.
- Pollack, Detlef/ Jacobs, Jörg (2002): Die Demokratie in den Augen der Bevölkerung Osteuropas. In: Berliner Debatte Initial 13 (3), 38-52.
- Rupnik, Jacques (2007): Populismus in Ostmitteleuropa. In: Transit 33.
- Schmidt, Manfred G. (2004): Wörterbuch zur Politik. Stuttgart.
- Schmidt-Häuer, Christian (2007): Die Verführung Europas. In: Die Zeit, 25.1.2007, 8.
- Schnitzer, Monika (2004): Privatisierung in Osteuropa: Strategien und Ergebnisse. Forost Arbeitspapier (13).
- Schwan, Gesine (2001): Politik und Schuld: Die zerstörerische Macht des Schweigens. Frankfurt (Main).
- Segert, Dieter (2008): Parteiendemokratie in der Krise: Gründe und Grundlagen in Ostmitteleuropa. In: Osteuropa 58 (1), 49-61.
- Semler, Christian (2007): Etappensieg für Polens Demokraten. In: Le Monde diplomatique, Juni 2007.
- Smolar, Aleksander (2006): Poland: Radicals in Power. In: Transit 31. Abrufbar unter: <http://www.eurozine.com/articles/2006-09-28-smolar-de.html> (18.08.2009).
- Tamás, G.M. (2009): Interview: Hungary – “Where we went wrong”. In International Socialism (123), Juni 2009. Abrufbar unter: <http://www.isj.org.uk/index.php4?id=555&issue=123> (18.08.2009).
- Trif, Aurora/ Koch, Karl (2005): Strategic Unionism in Eastern Europe: The Case of Romania. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Working Paper 05/7.
- Waldron-Moore, Pamela (1999): Eastern Europe at the Crossroads of Democratic Transition: Evaluating Support for Democratic Institutions, Satisfaction with Democratic Government, and Consolidation of Democratic Regimes. In: Comparative Political Studies 32 (1), 32-62.
- Wessels, Bernhard/ Klingemann, Hans-Dieter (2006): Parties and Voters: Representative Consolidation in Central and Eastern Europe? In: International Journal of Sociology 36 (2), 11-44.
- Wiesenthal, Helmut (1995): Preemptive Institutionenbildung: Korporative Akteure und institutionelle Innovationen im Transformationsprozess postsozialistischer Staaten. Max-Planck-Gesellschaft: Arbeitsgruppe Transformationsprozesse, Arbeitspapiere AG Trap 4/95.
- Wiesenthal, Helmut (2001): Politics against Theory: On the Theoretical Consequences of Successful Large-scale Reforms in Postcommunist Europe. Abrufbar unter: [www.hwiesenthal.de](http://www.hwiesenthal.de) (25.06.2006).
- Zalega, Dariusz (2006): Poland's Rightwards Shift. In: Le Monde diplomatique, September 2006.

Ausdrucken oder kopieren, ausfüllen, falten und als Postkarte abschicken!

## Berliner Debatte Initial Bestellung:

Ich bestelle ein Abonnement der Berliner Debatte INITIAL ab Heft

- Das Abonnement soll für ein Jahr befristet werden.
- Das Abonnement soll gelten, bis ich es abbestelle. Abbestellung jederzeit.
- Abonnement 39 Euro (Ausland zuzüglich 6 Euro Porto).
- Ermäßigt 22 Euro (Studenten, Rentner, Arbeitslose, Wehr- und Zivildienstleistende)  
Nachweis bitte beilegen.

Vorname, Name:

Straße, Nr.:

Postleitzahl:

Ort:

Telefon:

Ich wünsche folgende Zahlungsweise:

- Jahresrechnung
- Bargeldlos: halbjährliche Abbuchung. Bankinstitut:  
Konto-Nr.: Bankleitzahl:

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen (Poststempel) bei der Bestell-  
adresse schriftlich widerrufen kann.

Datum:

Unterschrift:

Name:

Straße und Nr.

PLZ, Ort:

Abonnement erworben von:

Antwortkarte

Bitte  
frankieren

Berliner Debatte  
Initial

PF 58 02 54

**10412 Berlin**

**[www.berlinerdebatte.de](http://www.berlinerdebatte.de)**

**Bestellungen: [leidenschaften@berlinerdebatte.de](mailto:leidenschaften@berlinerdebatte.de)**